

Resignation in Ungarns Kirche?

In einem Interview mit den Lutherischen Monatsheften (Dezember 1976, S. 692) erklärte der Erzbischof von Wien und Leiter des päpstlichen Sekretariats für die Nichtglaubenden, Kardinal *Franz König*, die Situation der Kirche in Ungarn sei im Vergleich zu anderen Staaten mit kommunistischer Herrschaft „relativ am schwierigsten“. Selbst in der Tschechoslowakei, wo es trotz des äußeren Drucks noch Zuversicht und inneren Zusammenhalt gebe, seien Zweifel und Resignation nicht so stark wie in Ungarn. Zeichen der Resignation sah der Wiener Kardinal vor allem in den Städten. Diese Feststellung Kardinal Königs mußte beim ersten Lesen um so mehr überraschen, als der Wiener Erzbischof nicht nur als hervorragender Kenner und offiziöser Kontaktmann des Vatikans mit den Kirchen in den osteuropäischen Ländern gilt, sondern wegen seines eher diplomatischen und zurückhaltenden Urteils in der Öffentlichkeit bekannt ist. Zudem scheint ein solches Urteil zu kontrastieren mit der jüngeren und jüngsten kirchenpolitischen Entwicklung im Lande. Ist doch seit der Ernennung des neuen Erzbischofs von Esztergom und ungarischen Primas, Kardinal *László Lékai*, nicht nur das die Beziehungen von Kirche und Staat lange belastende Thema Mindszenty endgültig zu den zeitgeschichtlichen Akten gelegt. Die ungarische Kirche verfügt seither, wenn man von der Sondersituation in Polen und Jugoslawien abieht, neben der DDR als einziges kommunistisch geführtes Land über eine *vollzählige Hierarchie*. Alle Diözesen sind gegenwärtig mit Residentialbischofen besetzt, und eine Aufspaltung der Hierarchie durch die staatlichen Behörden, wie wir sie gegenwärtig zwischen tschechischer und slowakischer Hierarchie in der Tschechoslowakei erleben (vgl. ds. Heft, S. 119), ist schon aus nationalen Gründen nicht möglich. Zwar stehen *neue Personalprobleme* an, die Ablösung des inzwischen 76jährigen Erzbischofs von Kalocsa und Vorgängers von Kardinal *Lékai* als Vorsitzender der ungarischen

schon Bischofskonferenz, *József Ijjas*, dürfte sich nicht mehr länger aufschieben lassen und Umbesetzungen auf weiteren Bischofssitzen sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Doch erscheint die Hierarchie wenigstens nach außen durchaus als handlungsfähig. Die Regierung hatte der Lösung der Personalprobleme seit dem Teilabkommen mit dem Vatikan von 1964 stets den Vorzug gegeben vor anderen Fragen im Staat-Kirche-Verhältnis. Die jetzt amtierenden Bischöfe sind alle im Einvernehmen zwischen den staatlichen Behörden und dem Vatikan ernannt worden. Ungarns Bischöfe müßten also die für Staat und Partei akzeptablen Gesprächspartner sein. Die Bischöfe haben die Loyalität gegenüber dem Staat vielfach erklärt. Der neue Primas hat diese Haltung anlässlich seiner Ernennung und Inthronisation besonders deutlich bekräftigt, und Ungarns Kommunisten selbst gelten ja innen-, wirtschafts- und auch außenpolitisch im Rahmen der Möglichkeiten eines Ostblockstaates als relativ tolerant. Wo liegen also die Schwierigkeiten?

Goodwill-Erklärungen des neuen Primas

Westliche Beobachter haben seinerzeit nicht geringe Hoffnungen in einen, wenn auch gedämpften Aufbruch unter der neuen kirchlichen Führung gesetzt. Allerdings ließ sich gleichzeitig beobachten, daß die betroffenen Katholiken selbst im Lande sehr viel skeptischer geblieben sind. Der neue Primas hat von Anfang an mit Goodwill-Erklärungen nicht gespart. Und der Papst selbst sprach bei der Überreichung des Palliums an den neuen Erzbischof am 29. März 1976 unter Anspielung auf die Entwicklung seit dem Krieg und die Vorgänge um Kardinal Mindszenty von einer mit großer Besorgnis begleiteten Epoche der ungarischen Kirche, die mit seiner (*Lékais*) Ernennung nun ein Ende gefunden habe, und wünschte dem neuen Primas „alte Kraft“ und „angepaßte

Umsicht“ bei der Bewältigung der neuen Aufgaben, die zwar „nicht leicht, aber bedeutend und begeisternd sind“.

In den ersten Erklärungen des neuen Primas wurden vor allem zwei Tendenzen auffallend deutlich artikuliert. Erstens die *Hirnwendung zu den konkreten Seelsorgsproblemen*, zweitens die *volle staatsbürgerliche Loyalität gegenüber der staatlichen Führung* und dem von ihr vertretenen Gesellschaftssystem. In einem seinerzeit auch in westlichen Zeitungen vielbeachteten Interview mit der ungarischen Nachrichtenagentur MTI zitierte er einen bemerkenswerten Satz aus dem Rundschreiben der Ungarischen Bischofskonferenz anlässlich der 30-Jahrfeier des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung von den Nationalsozialisten: „Die Kirche fand gemeinsam mit dem Volk ihren neuen Platz in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, und sie nimmt die vollständige Schicksalsgemeinschaft mit dem Volk auch in Zukunft auf sich.“ Es sei, so erklärte *Lékai*, ein vom heiligen Stefan, dem Begründer Ungarns, selbst stammender Grundsatz, nämlich daß die Kirche in die jeweilige Gesellschafts- und Staatsexistenz „eingebaut“ sein sollte. Dieses „ordnende Prinzip“ sei auch heute als grundlegend zu betrachten. Er werde sich für die Verwirklichung dieses Prinzips persönlich einsetzen. Seine Aufgabe an der Spitze der Hierarchie sah er „im unablässigen Bemühen darum, die Kirche mit schöpferischer Kraft am weiteren Gedeihen des ungarischen Vaterlandes und des ungarischen Volkes zu beteiligen“. Diese im Ergebnis durchwegs zwiespältige Deutung seines Auftrags nicht nur als Dienst an den Gläubigen, sondern als Dienst an der Nation klang im Munde eines ungarischen Bischofs neu. Es war zu erwarten, daß die politische Führung darauf mit Zustimmung reagieren würde, und tatsächlich wurden anlässlich der Inthronisation *Lékais* im Februar 1976 zwischen *Lékai* und den Vertretern des Staates nur freundliche Worte gewechselt. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, *Imre Miklós*, lobte die Haltung *Lékais* am Tage der Inthronisation ausdrücklich:

„Wir betrachten dies als das Wort des kirchlichen Oberhirten, der für das Volk und für die Zukunft des Vaterlandes verantwortlich ist, und wir nehmen es ernst und antworten ernsthaft darauf.“ Parteichef János Kádár hatte schon Wochen zuvor, am 4. Februar 1976, vor einer Parteikonferenz in Budapest ähnlich „entspannende“ Worte gefunden: „Wir sind jetzt bezüglich der Gläubigen und der Kirche in einer ganz anderen Situation als noch vor fünf oder zehn Jahren. Die Kirchen stehen unserem System ausnahmslos loyal gegenüber. Sie anerkennen den Sozialismus als Ziel und Programm für die Nation.“ Er unterließ allerdings wie alle kommunistischen Führer, die über Religion und den Status der Kirchen spricht, nicht die „leninistische“ Einschränkung. Die Kirchen könnten zwar auf diese Weise ihre Existenz in der sozialistischen Gesellschaft verlängern. Für die Partei sei dies ein Kompromiß, der die Sache der Revolution fördere und kein prinzipielles ideologisches Nachgeben.

Im September 1976 formulierte Kardinal Lékai die grundsätzliche Loyalität gegenüber dem Staat und seiner Gesellschaftsordnung vor dem Kongreß der „Vaterländischen Volksfront“ noch einmal ausführlicher und differenzierter, aber keineswegs weniger kooperationsbereit: „Es ist sowohl im Interesse der ungarischen Kirche als auch des Staates, daß die zwischen beiden zustande gekommenen guten Beziehungen sich auch weiterhin positiv entwickeln mögen. Es kann beiden Seiten nur zum Besten gereichen, wenn sie die bisher getroffenen Vereinbarungen einhalten. Die Gläubigen können sich darauf verlassen, daß sie ihrer religiösen Überzeugung frei nachkommen können, ohne deswegen belangt zu werden... Und so können sich die Gläubigen mit ihren Oberhirten an der Spitze in Gemeinschaft mit den Nichtgläubigen aktiv in der verantwortungsvollen Aufgabe des Aufbaus des Landes einschalten. Selbstverständlich werden auch sie die Weltanschauung ihrer marxistischen Landsleute respektieren.“ Es ist auch für den Außenstehenden

klar, daß der Austausch von Absichtserklärungen in einem kommunistisch beherrschten Staat nur wenig über die tatsächliche Lage der Kirche im Lande über ihre Existenz- und Verkündigungsmöglichkeiten aussagt. Und es stellt sich von vornherein die Frage, wie weit so viel Goodwill der Kirche ihre Seelsorgsarbeit erleichtert oder wie weit dieser von den staatlichen Behörden zum Anlaß genommen wird, die Abhängigkeiten der Kirche von ihnen noch weiter zu verstärken. Es gibt Anzeichen genug, daß sowohl das eine wie das andere richtig ist, daß das zweite aber leider die Realität noch etwas besser trifft als das erste.

Was ist seelsorglich möglich?

Dennoch würde man der ungarischen Hierarchie unter der neuen Führung nicht gerecht, wollte man annehmen, es sei ihr mit dem Versuch einer seelsorglichen Erneuerung nicht bitter ernst. Kardinal Lékai hatte in dem bereits zitierten Interview *ein seelsorgliches Programm für ganz Ungarn* vorgelegt, wie es ein Primas oder Vorsitzender der Bischofskonferenz sonst kaum tut.

Lékai nannte damals vor allem vier Problemkreise bzw. Postulate. 1. Eine zufriedenstellende Regelung des Religionsunterrichts in den Kirchen: „Die vor kurzem zustande gekommene Vereinbarung zwischen Kirche und Staat über den Religionsunterricht in den Kirchen ist bei vielen und unter verschiedenen Gesichtspunkten umstritten. Wir müssen seitens der Kirche und des Staates weiterhin daran arbeiten, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden und wir eine befriedigende Praxis entwickeln können.“ 2. Die Einbeziehung einer größeren Zahl von Laien in die Gestaltung des kirchlichen Lebens und der Evangelisation, ein Vorhaben, das nach Lékai „noch zu verwirklichen“ ist. 3. Eine zeitgemäße Organisation der Seelsorge und die Sicherung des Priesternachwuchses. Es müsse eine Lösung gefunden werden, daß es nicht zu einer gefährlichen Überalterung des Klerus kommt und die Gemeinden auch in Zukunft

seelsorglich versorgt werden könnten. 4. Die Behebung des innerkirchlichen Informationsdefizits. Man habe noch kein klares Bild über die Lage der Kirche, der Geistlichen und der Gläubigen. Weil es an Überblick fehle, könne man auch zu wenig Erfolge, Mängel, Versäumnisse und Zukunftsaufgaben beurteilen.

Lékai erwähnte damals auch noch weitere Probleme: u. a. die Möglichkeit einer Neuregelung von Diözesangrenzen, die Notwendigkeit eines innerkirchlichen diözesanen und überdiözesanen Finanzausgleichs, die Sicherung der Seelsorge in Neubaugebieten.

Es ist sicher noch zu früh, darüber zu urteilen, wie weit die von Lékai genannten Vorhaben in nächster Zeit realisiert bzw. überhaupt in Angriff genommen werden können. Man muß aber auch fragen, welche Mittel der Kirche in Ungarn gegenwärtig zur Verfügung stehen, um eine solche Erneuerung der seelsorglichen Strukturen in die Wege zu leiten.

Aus früheren Erklärungen ist bekannt, daß die ungarische Bischofskonferenz derzeit *keine Möglichkeit zur Veranstaltung einer Landespastoralsynode* sieht. Eine solche Synode wäre auch unter Gesichtspunkten des Informationsgewinns zweifellos besonders hilfreich, aber unter ungarischen Verhältnissen nur schwer zu verwirklichen. Sie wäre aber der geeignete Umschlagplatz, auf dem die kirchlich aktiven Gläubigen und die Seelsorger ihre Lage artikulieren und Lösungshilfen beschließen könnten. Ohne sie bleibt die kirchliche Führung auf den Beitrag weniger aktiver Gemeindeglieder und Seelsorger angewiesen. Das Ingangbringen der von Lékai formulierten Reformpläne hängt in erster Linie wohl von der Unterstützung des ganzen Episkopats ab, der aus dem vergangenen Vierteljahrhundert kaum an überdiözesane Zusammenarbeit gewöhnt ist. Sodann wäre die Entwicklung von mehr innerkirchlicher Kollegialität nicht nur in den Beziehungen zwischen den Bischöfen, sondern auch zwischen Bischöfen und Seelsorgern bzw. zwischen Seelsorgern und Gläubigen vonnöten.

Kurzum, es bedürfte eines neuen Führungsstils, damit genügend solche Seelsorger aktiviert werden können, die trotz äußerer Beschränkung und enger staatlicher Kontrolle keine Arbeit und keine Opfer im kirchlichen Einsatz scheuen. Schließlich hängt die seelsorgliche Wirksamkeit der Kirche nicht weniger vom Maß der Unabhängigkeit ab, daß sie sich gegenüber kontrollierenden staatlichen Instanzen nach innen und außen zu bewähren versteht. Daß hier besondere Probleme, einmal für die innerkirchliche Zusammenarbeit, zum anderen für die Glaubwürdigkeit der Kirche nach außen bestehen, hat sich in letzter Zeit mehrmals gezeigt.

Nehmen wir als erstes Beispiel die von Lékai erwähnte Sorge um den *Religionsunterricht in den Kirchen*. Unsere Leser sind über die Vorgeschichte des Problems (vgl. HK, Februar 1975, 56 und Januar 1976, 6) orientiert. Bekanntlich sind Ungarns Katholiken vor allem in den Städten nach den Erschwernissen für den Religionsunterricht in den Schulen – nur noch sechs bis sieben Prozent der Schüler besuchen, und zwar vor allem auf dem Land, den schulischen Religionsunterricht – auf eine Art Christenlehre für Kinder und Jugendliche in den Kirchen ausgewichen. Dieser Unterricht, der vor allem in den Städten Anklang fand und dort vom Engagement einzelner Gemeindeglieder lebte, scheint schon seit langem das Mißtrauen der staatlichen Behörden erregt zu haben, weil er eine Art Freiraum darstellte, für den es keine lückenlosen Kontrollmöglichkeiten gab. Heute kann man jedenfalls feststellen, daß das Übereinkommen zwischen der Bischofskonferenz und dem ungarischen Staat über diesen Unterricht in den Kirchen von Januar 1975, das damals mit einiger Hoffnung für eine bessere Gestaltung dieses Unterrichts begrüßt wurde, eindeutig den Zweck verfolgte, auch diesen relativen Freiraum unter eine striktere staatliche Kontrolle zu bringen.

Diese scheint inzwischen fast perfekt zu sein. Zeit und Ort müssen den Behörden gemeldet werden. Aufgrund der Anmeldepflicht und der von den

Behörden geforderten Namenslisten kann die Teilnehmerzahl kontrolliert und entsprechend Druck auf Eltern und Schüler ausgeübt werden. Die Kontrolle der Unterrichtshilfsmittel führt zur Kontrolle des Religionsunterrichts selbst, weil der Schuldirektor die Religionsstunde mitanhören und so auch das individuelle religiöse Verhalten der Schüler mitbeobachten kann. Diese fast totale staatliche Kontrolle hat zu einem Wiederanwachsen der Besucherzahl des schulischen Religionsunterrichts geführt, was aber offenbar den Behörden wiederum ein Dorn im Auge ist. Man hat deshalb eine Klärung der Regelungen für Religionsunterricht in den Kirchen in Aussicht gestellt, ohne daß bisher etwas Positives zu verzeichnen wäre. Wie immer dieser Konflikt weitergeht, es zeigt sich eindeutig, daß der Episkopat besser beraten gewesen wäre, sich dem Begehren der staatlichen Behörden schon vor Zustandekommen des Übereinkommens entschiedener zu entziehen.

Verwicklungen mit dem Staat?

Ein anderes Beispiel, wie die Kirchenführung durch Nachgiebigkeit gegenüber den Staatsbehörden in Mißkredit geraten kann, ist *die Reise des ungarischen Primas zum Eucharistischen Weltkongreß in Philadelphia (USA)*. Der Erzbischof von Philadelphia, Kardinal John Krol, hatte Kardinal Lékai und den griechisch-katholischen Weihbischof Szilárd Keresztes eingeladen, sich am ungarischen Volksgruppenprogramm des Kongresses zu beteiligen. Kardinal Lékai war aber erst Monate nach der Einladung und nach langwierigen Verhandlungen mit staatlichen Stellen in der Lage gewesen, auf die Einladung zu antworten, kündigte dann aber zur nicht geringen Überraschung nordamerikanischer Ungarn an, er werde mit einer elfköpfigen Delegation zum Kongreß kommen und wolle anschließend ungarische Kirchengemeinden in Nordamerika besuchen. Machte schon dieses Vorhaben stutzig, so trug das offizielle Organ des „Weltbundes der Ungarn“,

einer offiziellen staatlichen Einrichtung zur Pflege der Beziehungen der Auslandsungarn, noch zur Anheizung der Stimmung bei, indem es allzu ungeniert die staatlich erwünschten Nebenzwecke dieser Reise darlegte. Hinzu kam, daß der Sekretär der Bischofskonferenz, als führendes Mitglied der Friedenspriesterbewegung bekannt und vom Konzil her noch als „offizieller“ Begleiter der Bischöfe lebhaft in Erinnerung, nicht nur der Kongreßdelegation angehörte, sondern sich selbst in das ungarische Kongreßprogramm aktiv einschaltete. So kam nicht von ungefähr der Verdacht auf, der Besuch des Primas gleiche dem Eindringen eines „trojanischen Pferdes“ und die ungarische Regierung versuche, über den Primas unter dem Deckmantel der Religion politischen Einfluß unter den Auslandsungarn zu gewinnen. Das Besuchsprogramm mußte daraufhin geändert werden, und wenn das Mißtrauen da und dort überwunden wurde, so war es in erster Linie der gewinnenden Persönlichkeit des Primas zuzuschreiben.

Daß gelegentlich ein mutigeres Verhalten der Bischöfe nicht nur erwünscht, sondern auch möglich war, zeigen auch neueste Vorgänge um sog. *kirchliche „Basisgemeinschaften“*. Es handelt sich dabei durchwegs um Freundesgruppen von Geistlichen und Laien, die sich im Dienst der kirchlichen Seelsorge zu gemeinsamer Aussprache und kirchlicher Aktivität zusammengefunden haben. Solche losen Gemeinschaften und Freundesgruppen erweckten naturgemäß das Mißtrauen staatlicher Behörden, die rasch mit dem Vorwurf zur Hand sind, sie verfolgten nicht nur religiöse, sondern politische Zwecke. Es kam verschiedentlich zu Konflikten, und eine Zeitlang sah es so aus, als ob die Auseinandersetzungen darüber zu neuen Katholiken- und Priesterprozessen führen würden. Die staatlichen Organe scheinen sich aber inzwischen eines Besseren besonnen zu haben und erkannten wenigstens teilweise den reinen kirchlichen Charakter solcher Gruppen und Zusammenkünfte an. Ihre „Domestizierung“ soll aber, da es sich eben um kirchliche Gruppen han-

delt, offenbar über die Bischöfe selbst erfolgen. Die Bischöfe richteten dann auch einen eigenen Appell an die Katholiken: „Wir, denen der verantwortungsvolle Dienst der Apostelnachfolge übertragen worden ist, bitten ..., sie [die Basisgemeinschaften] mögen dem richtungsweisenden Wort der gesetzlichen Oberhirten stets Gehör schenken, denn dieses Wort entspringt – dessen können alle versichert sein – der Liebe und der Absicht, das Allgemeinwohl der Kirche zu fördern.“ Was es aber bräuchte, wäre eine eindeutige Ermutigung in seelsorglicher Hinsicht und eine deutliche Artikulierung des eigenen kirchlichen Standpunktes.

Dem scheint aber auch eine weitere Maßnahme der Bischofskonferenz aus jüngster Zeit nicht unbedingt zu dienen. Nämlich die im Dezember 1976 beschlossene *organisatorische Umgestaltung des kirchlichen Pressedienstes* „*Magyar Kurir*“, der mit bescheidenen Mitteln, aber journalistisch bisher gewissenhaft gestaltete inoffizielle kirchliche Dienst soll laut Beschluß der Bischofskonferenz künftig „als halbamtliches Organ des ungarischen Bischofskollegiums unter der Aufsicht

des Sekretariats der Ungarischen Bischofskonferenz das Inland mit Nachrichtenmaterial versorgen“. Für das Ausland ist zweimonatlich eine dreisprachige Ausgabe vorgesehen. Diese Regelung und insbesondere die Unterordnung unter das Sekretariat der Bischofskonferenz wird zweifellos wenig zu einer sachlichen Verbesserung dieses durchwegs noch nützlichen Dienstes als zu allerhand ständigen Eingriffen und zur weiteren Verminderung der publizistischen Unabhängigkeit führen.

Die eigentliche Gefahr für die Kirche in Ungarn scheint derzeit eine fast allseitige Einordnung der Kirche in das staatliche System und dessen ideologischen und praktischen Anforderungen mit den entsprechenden Kontrollmaßnahmen zu sein. Der direkte und indirekte Einfluß, der dadurch von den staatlichen auf die kirchlichen Stellen ausgeht, kann zu einer weiteren Verschärfung der Isolierung der Bischöfe und zur Entmutigung gerade des seelsorglich aktivsten Teils im Klerus führen. Hier scheint die eigentliche Wurzel der Resignation zu liegen.

A.E.P.

Mann ist Schiffingenieur – fuhr vor drei Jahren einmal in ihrem Auto durch die Finaghy Road, als einige IRA-Provos aus einem Hinterhalt auf eine Armestreife schossen, statt dessen aber einen Zweieinhalbjährigen auf seinem Dreirad tödlich in den Kopf trafen. Fast auf der gleichen Stelle – Frau Williams hatte gerade ihre sechsjährige Tochter von der Schule abgeholt – sah sie im letzten August, wie ein flüchtender und von Soldaten angeschossener IRA-Mann die Gewalt über das Steuerrad seines gestohlenen Wagens verlor, gegen ein Eisengitter prallte und dabei eine Mutter, *Anne Maguire*, mit drei Kindern überfuhr, die dabei alle ums Leben kamen. Der Lazarettwagen, der kurz darauf die Mutter und die Leichen der Kinder abholte, wurde von den umstehenden Jugendlichen noch mit Steinen beworfen, nur weil es ein britisches Armeefahrzeug war.

„Es war, als ob in mir plötzlich etwas zerrissen wäre“, sagte Betty Williams später. Noch am Abend rief sie ein paar befreundete Nachbarinnen zu sich, und in der gleichen Nacht klopfen die Frauen an die Haustüren der Umgebung – eine Hochburg der IRA – und sammelten über 6000 Unterschriften für ihren gemeinsamen Entschluß: „Laßt uns in Frieden zusammenleben.“ *Mairead Corrigan*, die Schwester von Anne Maguire, eine strenggläubige Katholikin und Mitglied der Legio Mariae, hörte von der Aktion und versprach Frau Williams ihre Mitwirkung, für die sie dann ihre gutbezahlte Sekretärinnenstellung aufgab. Die beiden Frauen lernten kurz darauf den Journalisten *Ciaran McKeown* kennen. Er sagte ihnen: „Sie tun genau das, worauf ich schon immer gewartet habe.“ Presse und Fernsehen griffen auf, was in Andersontown geschehen war. Seither sind in Nordirland über 200000 Unterschriften gesammelt worden. Geld kam aus dem Ausland, allein etwa 800000 DM in Form eines inoffiziellen, von Osloer Zeitungen gesammelten „Friedenspreises des norwegischen Volkes“, den vor vier Jahren zum ersten Mal der brasilianische Erzbischof Dom Hélder Câmara erhalten hatte. In

Was wird aus den irischen Peace People?

Kein Ereignis hat die an acht Jahren blutiger Gewalttätigkeit in Nordirland verzweifelnden Menschen mehr bewegt und mehr hoffen lassen als der phänomenale Erfolg der von *Betty Williams* und *Mairead Corrigan* gegründeten Friedensbewegung. Die beiden Belfast Frauen haben in der nördlichen Provinz Großbritanniens und in der Außenwelt, die fassungslos mitansieht, was in Ulster vorgeht, neue Hoffnung erweckt. In Amerika, England, Deutschland und Norwegen wurden ihnen triumphale Empfänge bereitet. Zehntausende, in der Mehrheit solche, die nicht so leicht auf die Straßen gehen, marschierten mit den „Peace People“ und sprachen versöhnungsbereit deren Versprechen mit: „Wir entsagen der Verwendung der Bombe und Kugel und aller Gewalt-

mittel. Mit unseren Nächsten nah und fern verpflichtet wir uns, tagein, tagaus zum Aufbau einer friedlichen Gesellschaft, in der die von uns erlebten Tragödien Erinnerung und fortdauernde Warnung sind.“ Männer und Frauen guten Willens, zumal die leidgeprüften Frauen aus den Gettos von Ulster, haben aus ihrer Ohnmacht eine neue Friedenskraft von beachtlicher moralischer Stärke entwickelt.

Antwort auf den täglichen Terror

Aus menschlicher Anteilnahme und Empörung zugleich wurde die Idee geboren. Die 32jährige Hausfrau *Betty Williams*, die im Belfast Katholiken-Viertel Andersontown lebt – ihr